

Pressemitteilung Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag  
Ablenkungsmanöver zu Straßenausbaubeiträgen

"Durch Wiederholung falscher Fakten wird die Landesregierung die massiven Probleme bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen nicht lösen. Mit solchen Ablenkungsmanövern lassen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht blenden - schließlich betrifft die verfehlte Beitragspolitik tausende Menschen in ganz Thüringen", erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Der Innenminister hatte erneut in einem Zeitungsinterview erklärt, dass eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge aus seiner Sicht nicht möglich sei. Begründet wurde dies damit, dass dem Land hierfür Kosten in Höhe von 15 Mrd. Euro entstehen würden. Diese Zahl sei für Ramelow "völlig aus der Luft gegriffen". Bisher hätten die Gemeinden und Städte rund 600 Mio. Euro für Straßenausbaubeiträge geltend gemacht. Weitere rund 260 Mio. Euro stünden noch in der Schwebe, weil unklar sei, wie die rückwirkende Erhebung gehandhabt werden müsse. Unter Berücksichtigung aller relevanten Daten summiere sich die Zahl auf höchstens 1,5 Mrd. Euro. "Mir ist völlig schleierhaft, weshalb der neue Innenminister an der unsozialen Beitrags-Ideologie festhält und auch noch mit fadenscheinigem Material zu begründen versucht. Offensichtlich ist der Innenminister weder Herr der Zahlen noch einer ausgewogenen Kommunalpolitik", so der Fraktionschef der LINKEN.

Der Spitzenpolitiker informiert darüber, dass sich seine Fraktion mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung gewandt habe, um den Widerspruch zwischen den spekulierten 15 Mrd. Euro des Innenministers und den bisher tatsächlich geltend gemachten Straßenausbaubeiträgen der Kommunen aufzulösen. Ebenso müsse geklärt werden, weshalb der Innenminister die Regelungen des Nachbarlandes Sachsen nicht in Erwägung gezogen habe. In Sachsen könnten die Gemeinden selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe überhaupt Straßenausbaubeiträge erhoben werden sollen. Einzelne Gemeinden hätten sich zwischenzeitlich sogar für freiwillige Rückzahlungen an die Bürgerinnen und Bürger entschieden. "Das ist auch in Thüringen möglich und würde das Land keinen Cent kosten. Übergangsweise könnten wir uns eine Anwendung der Sächsischen Regelungen vorstellen. Grundsätzlich bleiben wir aber bei unserer Forderung, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden müssen", unterstreicht Bodo Ramelow. Er fordert abschließend Thüringen auf, sich im Bund um eine Grundsteuer-Reform zu bemühen, um so die Voraussetzungen für eine bundesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge als deutsche Besonderheit zu schaffen.

Erfurt, 4. Januar 2010